

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 30 (1950-1951)  
**Heft:** 1

**Rubrik:** Politische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ★ Politische Rundschau ★

## Zur Lage

Dieses Frühjahr, das Frühjahr 1950, ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil Europa nun genau in der Hälfte der Periode steht, welche im gesamten für den Marshallplan in Aussicht genommen ist; jedenfalls ist seine Terminierung auf das Frühjahr 1952 bisher von keiner Seite widerrufen worden. Freilich hat man in letzter Zeit sowohl aus den europäischen Empfängerländern wie aus den Vereinigten Staaten die Ansicht gehört, es werde nicht möglich sein, die amerikanische Hilfe zu jenem Zeitpunkt tatsächlich abzuschließen, denn der wirtschaftliche, vor allem aber auch der politische und moralische Wiederaufbau Westeuropas sei, das stehe heute schon fest, dannzumal sicher noch nicht abgeschlossen. Allein das sind bisher sehr vage Perspektiven geblieben; und was nun gerade die spendende Nation, also die Vereinigten Staaten, betrifft, so ist es allein mit Rücksicht auf die innerpolitischen Belange dieses Landes nicht möglich, die Entwicklung heute schon abzuschätzen, welche die Dinge in diesem Bereiche, der ja für Europa so lebenswichtig ist, bis zu dem schicksalhaften Termin des Frühjahrs 1952 nehmen werden. Man tut demnach jedenfalls gut, sich grundsätzlich darauf einzustellen, daß der große Spendenstrom über den Ozean dannzumal ein Ende haben wird.

Wie aber ist nun

### *die Lage des europäischen Westens*

in der Hälfte dieser so entscheidenden Periode? Verglichen mit der Zeit vor zwei Jahren, als die Marshallhilfe eingeleitet wurde, zweifellos bedeutend besser; — unter der Perspektive, daß innert weiteren zwei Jahren zwar vielleicht nicht der wirtschaftliche, sicher aber der politische und moralische Wiederaufbau abgeschlossen sein sollte, nicht befriedigend. In dieser Hinsicht muß sogar wieder eher von einem Rückschlag gesprochen werden, wenigstens wenn man beispielsweise den Zeitpunkt vor dreiviertel Jahren, nach Abschluß der Berliner Blockade, zum Vergleiche heranzieht. Sicher bestand damals, aber auch schon vor einem Jahr, die begründete Hoffnung, es werde in fortschreitender Entwicklung gelingen, das für Westeuropa grundlegende Problem politischer Natur zu lösen — das Problem, von dem eigentlich alles abhängt —: nämlich im Wege eines fortschreitenden Abbaues zur Liquidation der kommunistischen Infiltrationsherde zu gelangen. Die Lösung dieses Problems ist deswegen so wichtig, weil die kommunistischen Herde oder Zentren in Westeuropa eine der schärfsten Waffen in der Hand des Ostens, also eine der sehr großen Gefahren für den Westen bedeuten. Solange dieses Problem nicht wenigstens annähernd gelöst ist, gibt es keine Ruhe und vor allem keine wirkliche Sicherheit.

So ist es denn in diesem Zusammenhang einigermaßen bemühend, festzustellen, daß die Fortschritte, die eine Zeit lang recht erfreulich waren, inzwischen klein

geworden sind; ja in gewissen Teilgebieten von deutlichen Rückschritten aufgehoben werden. Es gilt dies vor allem für die beiden romanischen Länder der westlichen Koalition, aber auch in gewissem Maße für Westdeutschland, wo sich die Lage unter dem Drucke des Flüchtlingsproblems und der teilweise dadurch bedingten Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten zweifellos verschlimmert hat. Indessen geht die Entwicklung auch in anderen Zonen, die sich am Rande des Marshallplanbereiches und der Positionen des Atlantikpaktes befinden, ihren besonderen Weg: so haben beispielsweise die jüngsten Wahlen in Griechenland einen nicht unerheblichen Zuwachs der Stimmen der Linken erkennen lassen, der teilweise auf kommunistische Infiltration zurückzuführen ist. Besonders beunruhigend erscheint indessen die Lage in Italien und Frankreich. Denn in beiden Ländern sind die kommunistischen Positionen mehr oder weniger unerschüttert. Mag auch in Frankreich im Wege einiger Lohnerhöhungen vorerst wieder Ruhe eingetreten sein, so ist damit für die weitere Entwicklung im Grunde keinerlei Garantie geboten, weil die grundlegenden Probleme, die den Kommunismus in seinen Positionen halten, nicht gelöst sind, so wenig wie sie in Italien gelöst zu werden scheinen.

Können so die Perspektiven der weiteren Entwicklung kaum als günstig angesehen werden, so mag diese Sachlage, wenigstens was

### *Frankreich*

betrifft, noch eine besondere Unterstreichung erfahren durch gewisse offensichtliche Ermüdungserscheinungen, die sich trotz Marshallplan und wirtschaftlichem Aufstieg, trotz Westunion und Atlantikpakt in bestimmten Partikeln des Bürgertums abzuzeichnen beginnen. In diese Kategorie recht unerfreulicher Erscheinungen gehört sicher eine in Frankreich festgestellte Bewegung, die darauf abzielt, vorerst psychologisch den Boden für eine Art Neutralitätsstellung dieses Landes zwischen Ost und West vorzubereiten. Welch' bedenkliche Entwicklung in einem Lande, das nach den Aussagen seiner führenden Persönlichkeiten seine europäische Großmachtstellung wieder ausbauen möchte! Es bleibe dahingestellt, inwieweit eine solche Bewegung Aussicht hat, weitere Kreise zu erfassen, — dahingestellt auch, inwieweit in ihr eine Reaktion auf gewisse nicht unerhebliche amerikanische Ansprüche oder Einmischungen erblickt werden muß. Die Tatsache allein, daß sich solche Strömungen im Zeichen des Marshallplans und im Zeitpunkt, da sich der Westen für die zweite Periode dieses gigantischen Werkes rüstet, an die Oberfläche gelangen können, muß gewisse Bedenken erwecken, — Bedenken, die in weit gespannter Perspektive unter Umständen eine bedeutende Tragweite erhalten könnten, auch wenn dabei der Name de Gaulle vorerst völlig aus dem Spiele bleibt. Sicher aber bedeuten solche französische Entwicklungen ein Element der Unsicherheit, das sich zu den Elementen gesellt, die durch die unerschütterte Position des Kommunismus gebildet sind. Geiß lassen sich auf demselben Felde auch andere Anzeichen feststellen, wie sie z. B. in den Bestrebungen zum Ausdruck kommen, welche auf eine Zusammenarbeit, ja einen endlichen Zusammenschluß Frankreichs mit Westdeutschland gerichtet sind. Allein es erscheinen diese Entwicklungen vorerst noch durchaus unbestimmt, und zudem auch etwas unklar, zumal wenn man das ständige Auf und Ab berücksichtigt, das sich in diesem Bereich auf der Seite des deutschen Partners erkennen läßt, wo auf den heftigen Protest in der Saarfrage in so kurzer Frist so überraschende Angebote erfolgt sind.

Aus solchen Anzeichen geht hervor, daß der Westen zur Zeit

*eine nicht ganz ungefährliche Periode*

durchmacht, die zum mindesten durch Unsicherheit gekennzeichnet ist. Solange aber solche Symptome bestehen und für alle Welt erkennbar sind, erscheint eine Verständigung mit dem Osten entweder nicht oder nur unter schweren Konzessionen erreichbar. Auch die Tatsache, daß über eine solche Verständigung gerade im jetzigen Zeitpunkt wieder besonders intensiv gesprochen wird, kann über diese Lage nicht hinwegtäuschen.

*Jann v. Sprecher*

## Brief aus Paris

Das parlamentarische Leben in Frankreich zeigt immer mehr das Bild einer hoffnungslosen

*Spaltung der Nation in drei feindliche Lager.*

Wenn auch die Rechte bei der Schaffung des Gesetzes zur strengen Ahndung von Sabotage ausnahmsweise mit dem Zentrum ging und hiernach das trügerische Bild einer Einigung aller konstruktiven Kräfte gegen den inneren Bolschewismus hervorgerufen hat, so kann an eine Verständigung zwischen der Rechten und dem Zentrum gar nicht gedacht werden. Daher tauchte der Gedanke auf, die nunmehr seit drei-einhalb Jahren arbeitende, arg abgenutzte Kammer aufzulösen. Der Beschuß ist aber noch nicht fest gefaßt worden, einmal weil die französische Verfassung für diese Maßnahme ganz bestimmte Vorbedingungen vorschreibt, die vorerst noch nicht erfüllt sind, überdies aber, weil eine Kammerauflösung heute keines der Probleme Frankreichs lösen würde.

Zunächst soll

*ein neues Wahlgesetz*

geschaffen werden. Ob dieses einen Fortschritt auf dem Wege zur reinen Demokratie bedeuten wird, kann verschieden beurteilt werden. Zweifellos widerspricht das heutige Wahlsystem dem französischen Volkscharakter. Für den Franzosen sind persönliche Fühlungnahmen viel aufschlußreicher als politische Programme, die ihm in Broschürenform ins Haus gebracht werden; für ihn zählt nur die Persönlichkeit des Menschen und nicht seine Bindung an eine politische Gruppe und deren Gedankengut. Er verlangt daher nach einem Wahlrecht, das den engen Kontakt zwischen dem Wähler und *seinen* Abgeordneten wieder herstellt; mit dem heutigen Wahlsystem, bei welchem eine ihm unbekannte Parteileitung darüber entscheidet, wer in seinem Wahlkreis mit dem ihm richtig erscheinenden politischen Programm auftreten soll, kann er sich nicht befrieden. Die Rückkehr zu einem Wahlsystem, das auch dem Schweizerbürger verständlicher erscheinen wird als dasjenige, nach welchem die heutige französische Kammer im Herbst 1946 gewählt worden ist, wird allerdings für die Kommunisten das gleiche ungünstige — und rein formell betrachtet auch ungerechte — Ergebnis bringen wie das englische Wahlrecht für die Liberalen. Sie werden, als geographisch ganz unregelmäßig verteilte Partei, in manchen Wahlkreisen mit großer Mehrheit siegen, in den meisten aber ganz abfallen. Im Endergebnis werden die zahlenmäßig zusammengeschrumpften Mandate der Kommunisten

mit einer größeren durchschnittlichen Stimmenanzahl erkauft worden sein als etwa diejenigen der Radikalen oder der M.R.P.-Partei, die im ganzen Lande gut organisierte Partei-Kaders haben. Die Zentrumsparaden werden also — indem sie dem Wunsche des französischen Volkes entgegenkommen — auch sich selber einen bedeutenden wahltechnischen Vorteil sichern; allerdings spielen sie damit den Kommunisten ein zugkräftiges Argument in die Hände, denn die Ziffern der Wahlarithmetik werden gegen das Zentrum Zeugenschaft ablegen und den Vorwurf einer Fälschung des gesamthaften Volkswillens rechtfertigen.

Die Hauptschwierigkeit liegt aber nicht auf wahltechnischem Gebiete, sondern sie liegt viel tiefer. Denn wenn auch die kommunistische Idee von ihrer Zugkraft auf den französischen Arbeiter viel verloren hat (die Zahl der Parteimitglieder ist, von rund 1 Million in der «Glanzzeit» der Partei, auf 580 000 zurückgegangen), steht es außer Zweifel, daß

*die Arbeiterschaft mit ihrem Los tief unzufrieden*

ist. Auch ohne kommunistische Verhetzung wäre es jetzt, wo sich der Staat von der Lohnregelung zurückgezogen hat und diese Frage direkten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern überläßt, zu schweren Lohnkonflikten gekommen. Die Spaltung in der Kammer entspricht daher einer Spaltung innerhalb der Nation, wenn auch das rein ziffernmäßige Verhältnis der Anhänger dieser oder jener Methode zur Lösung des Problems nicht der Sitzverteilung in der heutigen Kammer entsprechen dürfte.

Der Gegensatz zwischen den Arbeitgebern (zu denen auch der Staat gehört) und den Arbeitern kommt darin zum Ausdruck, daß die ersten vorwiegend «volkswirtschaftlich», die letzteren aber ausschließlich «sozial» denken. Die ersten lehnen es ab, die Substanz zu verzehren, die letzteren hingegen erheben einen Anspruch auf eine für das französische Kulturniveau annehmbare Lebensweise.

Streitigkeiten, bei denen beide Parteien gültige Argumente hervorbringen können, sind meist schwer lösbar. Denn sicher hat der Staat recht damit, wenn er es ablehnt, die laufende Produktion weiter durch Subventionen zu verbilligen, damit die unbedingt notwendige Ausfuhr gesichert wird. Das traurige Schicksal des französischen Francs seit dem ersten Weltkriege beweist, daß irgendwo die üblichen Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik zur Oberfläche gelangen. Anderseits können die Arbeiter darauf hinweisen, daß ihre Arbeitsleistung nicht hinter jener der Vorkriegszeit zurücksteht, wogegen ihre Lebenshaltung stark vereinfacht werden muß. Fragt man sich aber, warum der französische Arbeiter bei auch amerikanischerseits anerkannter guter Leistung weniger erzeugt als sein Kamerad jenseits des Ozeans, so erhält man als Antwort, daß er (auch heute, im dritten Jahr des Marshallplans) lange nicht jene technischen Hilfsmittel besitzt, die dem Arbeiter in Amerika zur Verfügung stehen, und daß auch der administrative Apparat des französischen Staates schwerfällig und kostspielig arbeitet. Nun läßt sich weder die Beamenschaft über Nacht umziehen, noch kann die gesetzliche Grundlage für die Verwaltungsreform in kurzer Frist erdacht und in endgültige Form gebracht werden; und es wird noch viele Jahre dauern, bis auf jeden arbeitenden Franzosen die gleiche Anzahl von Pferdestärken motorischer Kraft entfallen werden wie auf den Amerikaner.

Das französische innenpolitische Problem läßt sich mit einem «entweder — oder» überhaupt nicht lösen. Es ist undenkbar, daß man den sozialen Wohlstand in einem Augenblick verwirklicht, wo hiefür keine volkswirtschaftliche Deckung vorhanden ist, es ist aber ebenso undenkbar, daß sich eine Generation der Arbeiterschaft opfert, damit die Nachfolgerschaft aus dem erhöhten Sozialprodukt einen erhöhten Lebensstandard zugeteilt erhalten kann.

In solchen Fällen gibt es nur zwei Lösungsmöglichkeiten — den offenen Bruch, den die Kommunisten herbeiführen wollen, oder die kurzlebigen, manchmal etwas

faulen und billigen, aber gesamthaft doch nützlichen Kompromisse, die es der Nation ermöglichen würden, sich von einer Etappe zur anderen weiterzuarbeiten und allmählich emporzusteigen. Mit anderen Worten,

*das «Fortwurscheln» der einstigen Habsburger Monarchie,*

die es ihr gestattet hat, wohl nicht zu gedeihen, aber weiterzuleben. Österreich hat damit seinerzeit seinen Abstieg verlangsamt, Frankreich wird damit seinen Aufstieg erkaufen. Und es ist kein Zufall, daß ein guter Kenner der französischen Innenpolitik eben dieses typisch wienerische Wort angeführt hat, um eine Prognose für die nächsten Jahre der französischen Innenpolitik aufzustellen. Mit oder ohne Bidault, mit oder — vermutlich — ohne de Gaulle, mit dieser oder einer neugewählten Kammer wird Frankreich Jahre hindurch von einer Krise in die andere gelangen, wie ein Eisenbahnzug auf einer Gebirgsstrecke freie Aussicht gestattet, um hernach plötzlich in einen Tunnel einzufahren, dessen Länge der Reisende im vornhinein nicht kennt. Für die Aussicht ist dies störend, aber nur so kann er sein Reiseziel erreichen.

## Londoner Brief

Für den sportliebenden Engländer, möchte er zu dem Ergebnis der Wahl stehen, wie er wollte, war es ein höchst spannendes und angenehm aufregendes Erlebnis, als er am Freitag nach der Abstimmung am Radio saß und von Viertelstunde zu Viertelstunde verfolgte, wie die Zahlen der beiden um Sieg kämpfenden Parteien sich bald näher, bald ferner rückten, wie es eine Zeit lang fraglich wurde, ob die Labour Party überhaupt noch eine Mehrheit über die anderen Parteien haben würde und wie sie schließlich mit einer Nasenlänge durchs Ziel ging. Nachdem der Staub des Rennens sich verzogen hatte und die Parteien ihre Erfolge und Mißerfolge übersahen, hatten sie durchweg Grund, enttäuscht zu sein: die Kommunisten und die nach links abgesplitterten Unabhängigen der Labour Party samt und sonders herausgeworfen; die liberale Partei nach allen siegessicheren Worten schwer geschlagen, von ihren 475 Kandidaten ganze neun gewählt; die Konservativen zwar erheblich gekräftigt, aber schließlich doch in der Minderheit geblieben; die Labour Party empfindlich geschwächt und, wenn auch noch die stärkste Partei, nur sieben Sitze über die absolute Mehrheit zählend. Heute sind es sogar nur noch fünf.

Kann man aus diesem Ergebnis allgemeine Lehren ziehen? Zunächst doch wohl die, daß

*das Zweiparteiensystem,*

das während des neunzehnten Jahrhunderts und bis zum Erstarken der Labour Party geherrscht hatte, sich wieder durchgesetzt hat. Zum großen Teil liegt das natürlich an dem Wahlsystem, das nur einen Wahlgang kennt und den Kandidaten, der in diesem an der Spitze steht, für gewählt erklärt, auch wenn er nur eine Minderheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat. Aber dies System ist seinerseits wieder das Ergebnis einer bei der Mehrheit des Volks herrschenden Auffassung. Jeder gibt zu, daß es nicht «gerecht» im arithmetischen Sinne ist, wenn auf 293 000 abgegebene liberale Stimmen nur ein Abgeordneter kommt, während ein Abgeordneter der beiden großen Parteien nur etwa 41 000 Stimmen auf sich vereinigt. Aber man regt sich — von den Geschädigten abgesehen — nicht sehr darüber auf, solange das gegenwärtige System ein zweifaches Ergebnis hat: eine geschlossene Regierungs-

partei, welche die Regierung fest stützen kann, und eine geschlossene Opposition, welche eine alternative Regierung zu bilden vermag, wenn die herrschende abgewirtschaftet hat. Das zieht man einem System vor, welches zwar gerechter ist, aber zu einer Parteienzersplitterung führen kann, die jeder Regierung die sichere Grundlage entzieht, wie man das in dem Deutschland der Weimarer Republik erlebt hat. Es hat bisher auch nicht den Anschein, als ob die an sich begrüßenswerte Anregung Churchills, einen Ausschuß zur Prüfung des Wahlsystems einzusetzen, starken Anklang finde.

*Die Zukunft der liberalen Partei*

sieht unter diesen Umständen natürlich düster aus. Man kann sich für absehbare Zeit keine Wendung des Geschicks vorstellen, die sie wieder zu einer großen Partei machen könnte. Auch kann man nicht sagen, daß ihre diesmalige Taktik ihr starke Sympathien erworben hätte. So mancher, der auf einen Sturz der sozialistischen Regierung gehofft hatte, gibt ihr jetzt die Schuld, daß das Ziel nicht erreicht worden ist. Sicherlich hat sie durch die jedes vernünftige Maß überschreitende Aufstellung von völlig aussichtslosen Zählkandidaten die nicht-sozialistischen Stimmen weitgehend zersplittet, wenn es auch unmöglich ist, exakt festzustellen, wie viel mehr Sozialisten unterlegen wären, wenn kein Liberaler kandidiert hätte. Das englische Wahlrecht bestimmt in seiner Abneigung gegen Splitterparteien, daß jeder Kandidat ein Depot von £ 150 zu hinterlegen hat und daß dies verfällt, wenn er weniger als ein Achtel der abgegebenen Stimmen erhält. Dies Geschick hat nicht weniger als 314 liberale Kandidaten getroffen! Die katastrophalen finanziellen Folgen dieser Niederlage hat die Partei allerdings dadurch sehr erheblich abgemildert, daß sie zweihundert Depots bei Lloyds für die sehr günstige Prämie von 5000 £ versichert hat. Ob das dem Geist des Gesetzes entspricht, kann man bezweifeln. Aber es ist kaum eine übertriebene Zuspitzung, wenn man sagt, daß Churchill diesmal an Lloyds gescheitert ist.

Wäre der Niedergang der liberalen Partei gleichbedeutend mit dem Niedergang des liberalen Gedankens, so wäre das gewiß außerordentlich traurig. Aber das ist nicht der Fall. Die heutige liberale Partei hat, wie das sinkenden Parteien nicht selten widerfährt, etwas von einem Sektencharakter angenommen. So ist z. B. ihr Kampf gegen die allgemeine Wehrpflicht (conscription) kein Ausfluß des liberalen Prinzips und wird bei der jetzigen Weltlage von vielen abgelehnt, die durchaus liberal fühlen. Denn es gibt in England sehr viele Liberale auch außerhalb der Partei. Das hat in schlagender Weise der Brief eines Mannes illustriert, der den Namen trägt, der jedem englischen Liberalen vor jedem anderen ans Herz gewachsen ist: Gladstone. Ein Enkel des großen Staatsmannes hat aus Hawarden, dem Landsitz, der noch heute durch die Erinnerung an ihn geweiht ist, einen Brief an die «Times» geschrieben, in dem er sich nach wie vor als Liberalen bekennt, aber der liberalen Partei, wie sie heute besteht, die Gefolgschaft verweigert. Hingegen sei die heutige konservative Partei liberal in ihrer Politik, ihrer Auffassung und ihren Idealen und Churchill mindestens ein ebenso guter Liberaler wie in den Zeiten, da er einer liberalen Regierung angehörte. Die Haltung der liberalen Abgeordneten bei den ersten Abstimmungen des neuen Parlaments ist gewiß nicht geeignet, diese Kritik zu widerlegen.

Eine weitere Schlußfolgerung, die man aus den Wahlziffern ziehen kann, betrifft die

*Labour Party.*

Sie trat in diesen Wahlkampf insofern unter besonders günstigen Bedingungen ein, als die Arbeitslosigkeit in den fünf Jahren ihrer Regierung so niedrig gewesen war wie kaum je seit Menschengedenken. Selbstverständlich nahm sie das Verdienst

daran für sich in Anspruch, und wenn der Sachkenner auch weiß, daß die Gründe wo anders liegen, so mußte dies Argument doch bei der großen Masse der Arbeiterwähler verfangen, die nichts so sehr fürchten als eine Wiederkehr der Arbeitslosigkeit in den Jahren um 1930. Außerdem hat der soziale Wohlfahrtsstaat dem größten Teil der Wähler Vorteile in den Schoß geworfen, deren unaufhörlich steigende Kosten meist von anderen Schultern getragen werden. Trotzdem ist der Prozentsatz der für die Labour Party abgegebenen Stimmen von 48½ % auf 46 % der Gesamtzahl gefallen. Schwerlich kann die Partei bei künftigen Wahlen so bald wieder gleich günstige Voraussetzungen erwarten.

Man kann daher annehmen, daß ihre Führer, als sie die Zügel der Regierung wieder ergriffen, das mit recht schwerem Herzen getan haben. Attlee, Cripps, Morrison wissen sicherlich, daß sie vor äußerst heiklen Aufgaben stehen und wenig Hoffnung haben, frische Lorbeeren zu ernten. Entziehen konnten sie sich der Aufgabe nicht, denn sie haben immerhin die Mehrheit, wenn es auch eine winzige Mehrheit ist. Aber wie schwer ist schon die Aufgabe, diese Majorität für jede Abstimmung zusammenzuhalten! Müssen doch selbst Minister, die eine Dienstreise ins Ausland antreten wollen, sich die Frage vorlegen, ob nicht eine Abstimmung bevorsteht, bei der es auf ihre Stimme ankommen kann. Auch die Praxis, selbst die Leidenden und Kranken zur Abstimmung heranzuholen, kann man schwerlich auf die Dauer fortsetzen, nachdem ihr bereits ein Abgeordneter zum Opfer gefallen ist.

Die drei Abstimmungen der ersten Wochen: über die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie, über die Wohnungsfrage und über die Nachtragsforderungen zum Budget haben freilich alle mit einem Sieg der Regierung geendet. Ihre Majorität schwankte je nach der Haltung der Liberalen; das eine Mal stimmten sie gegen die Regierung, das andere Mal für sie und das dritte Mal enthielten sie sich der Stimme. Wenn es ihnen darauf ankam, ihre «Unabhängigkeit» zu zeigen, so haben sie dies Ziel erreicht. Aber wenn sie sich z. B. nicht zu einem Tadel der zügellosen Finanzpolitik aufraffen konnten, die sich in einer Nachtragsforderung von nicht weniger als 148 Millionen Pfund ausdrückte, so zeigten sie, wie weit sie sich von der großen Tradition Gladstones und seiner klassischen Finanzpolitik entfernt haben. Selbst in der Frage der Eisenverstaatlichung entschlossen sie sich offenbar erst nach schweren Kämpfen, mit den Konservativen zu stimmen, und ihr Redner begründete das in einer so konfusen Weise, daß man bis zum letzten Satz nicht wußte, wo er hinaus wollte. Und doch handelte es sich hier um eine Frage, über die ein wahrer Liberaler nicht einen Augenblick im Zweifel sein konnte. Was könnte liberalen und demokratischen Anschauungen mehr entsprechen, als die Forderung, mit der Verstaatlichung zu warten, bis die Wählerschaft sich dafür ausgesprochen, was sie diesmal unzweifelhaft nicht getan hat. Diese Frage zeigt übrigens besonders deutlich die Skrupellosigkeit und zugleich die Kurzsichtigkeit des radikalen Flügels der Arbeiterpartei. Obwohl von vornherein zu erkennen war, daß die Verstaatlichung dieser großen Industrie während der Lebensdauer des vorigen Parlaments nicht durchzuführen sein würde, bestand Mr. Bevan darauf, daß nicht nur das Verstaatlichungsgesetz durchgepeitscht, sondern auch das suspensive Veto des Oberhauses so stark verkürzt wurde, daß es fast unfähig wird, seine legitime Funktion zu erfüllen. Nun sind zwar beide Gesetze in der Gesetzessammlung gedruckt, aber selbst die Regierung redet sich nicht ein, daß sie die Verstaatlichung vor einer Neuwahl durchführen könnte.

Obwohl

*die Opposition*

mit allen ihren Anträgen unterlegen ist, wird man kaum annehmen dürfen, daß sie darüber sonderlich betrübt war. Sie wäre in kaum lösbare Schwierigkeiten gekommen, wenn sie die Regierung gestürzt hätte. Denn an eine Neuwahl ist nicht zu denken, bevor die Parteien eine Atempause gehabt haben, um sich von den physischen und

finanziellen Anstrengungen des letzten Wahlkampfes zu erholen. Vor allem das Budget steht vor der Tür, und es wäre ein Akt übertriebener und nicht zu rechtfertigender Nächstenliebe, wenn die Konservativen Cripps von der unangenehmen Aufgabe befreien würden, diese harte Nuß zu knacken. So wird man damit rechnen dürfen, daß dieses Parlament zum mindesten den Abschluß der Budgetdebatten überleben wird, wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischen kommt.

Wie leicht aber ein Zwischenfall eintreten kann, illustrierte der Fall des Neger-Häuptlings Seretse. Die Art, wie dieser von der Regierung behandelt worden ist, rief nicht nur den Protest Churchills, sondern auch zahlreicher Labourabgeordneter hervor. Diese hätten vermutlich viel offener rebelliert, wenn sie nicht gewußt hätten, daß sie sich das angesichts der Majoritätsverhältnisse im Unterhaus einfach nicht leisten können. Das sachliche Problem, das dieser Vorfall aufwirft, ist viel zu schwierig und verwickelt, als daß es hier im Vorbeigehen behandelt werden könnte. Aber es ist bezeichnend, daß das, was das Unterhaus an dem ganzen Vorgang am meisten aufregte, der Verdacht war, der Häuptling sei von der britischen Regierung vielleicht nicht «fair», nicht «gentlemanlike» behandelt worden.

Aber das war nur ein Sturm im Wasserglas verglichen mit der schweren Beunruhigung, die sich des Parlaments bemächtigte, als Churchill am 16. März den

#### *Stand der Landesverteidigung*

beleuchtete. Mochte auch Attlee den peinlichen Eindruck durch persönliche Angriffe auf den Führer der Opposition zu zerstören suchen, die große Mehrheit der Abgeordneten mußte daran denken, daß dieser Mann auch vor dem letzten Kriege in dem gleichen Tone des Warners gesprochen hatte, daß man damals nicht auf ihn gehört und er schon einmal recht behalten hat. Der Eindruck mußte auch deprimierender sein, als der scheußliche Fall Fuchs daran erinnerte, daß man diesmal noch von besonderen Gefahren bedroht ist, von denen man vor 1939 nichts ahnte. Churchill überraschte wieder durch die Fülle und Exaktheit seiner Information, die er mit eisernem Fleiß aus allen Ecken zusammengetragen und mit der ihm eigenen Schärfe des Blicks durchleuchtet hatte. Wie man auch im Einzelnen zu seinen Vorschlägen stehen mag, man bekam einen Begriff von der Schwere und Mannigfaltigkeit der Probleme und von der Notwendigkeit, daß Männer sie behandeln, die ihnen voll gewachsen sind. Ob die Herren Shinwell und Strachey, die Attlee jetzt an die entscheidenden Stellen berufen hat, diese Männer sind, zieht vermutlich auch mancher Parlamentarier im Zweifel, der hinter der Regierung sitzt und seine Stimme für sie abgibt.

*Ignotus*

## Hektische Kontraste

#### *Die sozialen Gegensätze in Deutschland*

Vor kurzem wurde zur Belebung des Fremdenverkehrs von einigen westdeutschen Städten und Gesellschaften eine Autobusfahrt für ausländische Journalisten veranstaltet. Man reiste in höchst komfortablen Omnibussen, man konnte, angeregt von den besten Pfälzer Weinen, den Zauber Alt-Heidelberg erfahren, und es war selbst für den verwöhntesten Geschmack gesorgt. Am Schlüßabend jedoch sah sich einer der Herren, Vertreter einer amerikanischen Zeitung, zu folgender Äußerung veranlaßt:

«Seit sechs Tagen fahren wir unter geschickter Umgehung aller Flüchtlingslager, zerstörten Städte und Elendswohnungen durch dieses Land von einem Empfang zum andern. Die deutschen Veranstalter haben sich in erlesenen Gerichten und Getränken überboten. Selbst in später Nacht wurden noch Tanzfeste arrangiert. Wir in Amerika hätten es nicht besser machen können... Ich kenne Deutschland anders und betrachte derartige Reisen, die wir mit high life zu bezeichnen pflegen, als schädlich und dem deutschen Wiederaufbau abträglich, denn in Deutschland kann es nicht darum gehen, den Fremdenverkehr durch Illusionen zu heben, sondern Millionen Menschen ein Dach über den Kopf und Geld ins Portemonnaie zu geben. Ich kenne Hunderte von Elendslagern, zahlreiche Massenquartiere, industrielose, von bettelarmen Flüchtlingen überfüllte Landstriche. Wo ist hier die Solidarität geblieben, von der aus der Zeit der Bombennächte so viel berichtet wurde? Haben die Deutschen hinter den Luxusfassaden ihrer Geschäfte das alles vergessen? — Sehen Sie, hier ist der Riß im deutschen Volk».

Der amerikanische Journalist hatte den Finger in der Tat auf eine Wunde, ja vielleicht auf die wundeste Stelle im Sozialgefüge des jungen westdeutschen Staates gelegt. Erscheinungen, die bei einem kurzen Besuch allzu leicht zu trügen vermögen, bestimmen das Bild der einigermaßen wiederhergestellten Hauptstraßen so stark, daß kaum noch ein ausländischer Besucher dieselben bedenklichen Fragen unterdrücken kann. Die erlesenen Schaufenster von Düsseldorf, die üppigen Tanz- und Nachtlokale Hamburgs, die reichhaltigen Menükarten in vielen Gastbetrieben der Städte müssen den Eindruck hervorrufen, als lebte dieses Land ungeachtet des verlorenen Krieges und der eingeströmten Flüchtlingsmillionen in einem ungestörten Glanz von Wohlbehagen. Dabei bedarf es für ein geschultes Auge nur einiger Tage, um zu erkennen, wie wenig Fundament diese Erscheinungen inmitten eines Volkes haben, in dem heute neun Millionen von Renten der Sozialversicherung und Mitteln der öffentlichen Fürsorge ein kümmerliches Leben fristen müssen. Es ist als ob als Reaktion auf zehn Jahre erzwungener Solidarität und eingehämmerten Gemeinschaftsbewußtseins plötzlich ein schrankenloser Individualismus um sich gegriffen hätte, eine krampfhafte Sucht, nachzuholen, was lange Jahre völlig unzugänglich und unvorstellbar und durch Bilder des Grauens überdeckt war. Dabei ist es, wie sich immer deutlicher zeigt, nur eine ganz dünne Oberschicht, die den Eindruck eines solchen zerrütteten gesellschaftlichen Gefüges verstärkt. Wo allerdings die billigeren Vergnügungen des breiten Volkes unter leichteren Bedingungen zugänglich sind und sich der großstädtischen Menge anbieten, da sieht man, in welchem Maße sich auch eine tiefgreifende Umschichtung der Besitzverhältnisse vollzogen hat. Die bürgerlichen Schichten, die das kulturelle Leben getragen haben und bei denen die Werte des Geistes und der Bildung eine feste Heimstatt hatten, sind so verarmt, daß sie sich nicht mehr die lebensnotwendigsten Dinge leisten können. Dafür ist das Geld in jene Kreise abgeflossen, deren Trieb und Interesse über Spielbank, Revue, Motorradrennen, Fußballtoto und Magazinliteratur nicht hinausreicht. Ein deutliches Zeichen dieser Umschichtung bildete die gerade vor Weihnachten katastrophal sich auswirkende Lage auf dem Büchermarkt. Sortimenter und Verleger sind gleichermaßen verzweifelt über diese Ebbe, die weniger aus einem erstorbenen Hunger nach gutem Schrifttum als vielmehr aus Mangel an Kaufkraft zu erklären ist.

Der Staat, dem auf die Bildung von Gesinnungen nur geringe Einflußmittel zur Verfügung stehen, muß sich demgegenüber auf Zwangsmaßnahmen beschränken, die er in Gestalt drakonischer Steuern auf allen Vergnügungsbetrieben und Luxusartikeln auch im großen Umfang anwendet. Immerhin läßt sich gerade hier die Ohnmacht äußerlicher Zwangsmittel an Problemen, bei denen es fast ausschließlich auf Gesinnung und Überzeugung ankommt, eindrucksvoll demonstrieren. So führen den Kampf gegen die Verschwendug und den Luxus einer kleinen Schicht und gegen

das gedankenlose Geldausgeben der breiten Massen auch vor allem die Kirchen, in deren Dasein und Lebensauffassung die Gesinnung von jeher als die stärkste Kraft der Gemeinschaft gepflegt worden ist. Durch die Hand der Kirchen sind in den letzten Hungerjahren große ausländische Hilfsmittel gegangen. Um so mehr fühlen sie sich angespornt, den gleichen Geist sozialer Verantwortung und Hilfsbereitschaft nicht nur in ihren eigenen Kreisen zu pflegen, sondern ihn auch in der Öffentlichkeit mit allen Kräften wachzurufen und zu stärken. Unter dem Stichwort «Hinter der Fassade» erschienen in den kirchlichen Zeitungen und Gemeindeblättern drastische Gegenüberstellungen, die der Bevölkerung die Kraßheit der Verhältnisse vor Augen führen:

«In Frankfurt am Main betrug in den heißen Tagen Anfang September der Umsatz an Eis an einem Tag DM 250 000.—! (Nur in Frankfurt am Main! — Und in Köln, in Essen, in Wiesbaden, in Kassel, in Hamburg, München usw.??) Die Haussammlung für das Evangelische Hilfswerk ergab in ganz Kurhessen-Waldeck (der nördliche Teil des Staates Groß-Hessen um die Hauptstadt Kassel) DM 105 000.—. Damit soll die umfassende Liebesarbeit einer ganzen Landeskirche auf Monate hindurch bestritten werden. Zu diesen DM 105 000.— haben manche Opfernden beigetragen, die bei den DM 250 000.— unbeteiligt waren, einfach weil sie kein Geld für Fruchteis haben. Noch nicht ein halber Eistag einer einzigen Stadt für die Diakonie einer ganzen Landeskirche . . .!»

Das Nachrichtenblatt des Evangelischen Hilfswerks im Rheinland bleibt hinter dieser unwidersprechlichen Drastik nicht zurück:

«In dem bekanntesten Möbelgeschäft der Stadt Essen ist ein vollständiges Herrenzimmer um DM 3000.— ausgestellt. Nach zuverlässigen Ermittlungen wird es durchschnittlich zehnmal in einer Woche verkauft. Das Budget einer Frau mit fünf Kindern, deren Mann in Rußland vermisst ist, sieht folgendermaßen aus:

Die Wohlfahrt zahlt eine Sozialrente von monatlich	DM 126.—
--	----------

Die Lebensmittel für sechs Lebensmittelkarten kosten nach offiziell festgesetzten Preisen monatlich	DM 191.—
---	----------

Sie zahlt monatlich an Miete für zwei Räume	DM 15.—
---	---------

so daß ihr für die Bezahlung der Lebensmittel nur	DM 111.—
---	----------

übrigbleiben. Sie kann also nur etwas mehr als die Hälfte der rationierten Lebensmittel kaufen, wodurch der Kalorienwert der täglichen Kost für die Familie auf das Niveau des Konzentrationslagers Belsen von unter 1000 Kalorien sinkt. Nicht ein Pfennig bleibt ihr

für Schuhwerk  
oder Bekleidung  
oder um die Gasrechnung zu begleichen.

Womit sie ihren Ofen heizen soll, ist ein Rätsel».

Ein katholischer Flüchtlingspfarrer hat eine sorgfältige Bilanz über die Lebensverhältnisse seiner 3000 Gemeindeglieder eröffnet:

1723 leben von der Wohlfahrtsunterstützung,  
455 von minimalen Löhnen, die mit Hilfsarbeiten verdient werden,  
2178 Menschen zusammen.

## Von ihnen haben

234 monatlich weniger als DM 15.— zum Verbrauch,  
 196 weniger als DM 20.—,  
 240 weniger als DM 25.—,  
 138 weniger als DM 30.—,  
 808 Menschen zusammen.

(Männer, Frauen, Kinder, Alte, Kranke haben jeden Monat von weniger als DM 30.— zu leben, zu essen, sich zu kleiden, Miete zu bezahlen und Seife zu kaufen.)

Die Stadt Essen, deren Bevölkerung trotz der ungeheuren Zerstörungen schon wieder auf 536 000 Einwohner angewachsen ist, muß für ihre Fürsorge jeden Monat den Betrag von einer Million D-Mark aufbringen. Dabei stellten die Menschen, die beim «Amt für Soforthilfe» warteten, zufällig an einem Morgen fest, daß keiner von ihnen über ein Bett verfügte, sondern alle noch «anders untergebracht» waren.

Das Mitteilungsblatt des Evangelischen Hilfswerks, dessen tatkräftiger Leiter Dr. Eugen Gerstenmeier als Abgeordneter in den Bundestag eingezogen ist und dort vor kurzem von Bundeskanzler Dr. Adenauer den Auftrag erhalten hat, das Flüchtlingsprogramm auf der internationalen Ebene zu vertreten, stellt die Spielbänke und Luxushotels der Insel Sylt, der «Insel der Gegensätze» den im Dünen-sand verborgenen baufälligen Flüchtlingsbaracken gegenüber. In ihnen leben auch heute noch 668 Menschen, in der Mehrzahl frühere bodenständige pommersche Bauern, die zwischen Sand, Schilf und Wasser vergeblich nach einer Arbeitsmöglichkeit ausschauen. Auch wird unablässig auf die noch immer vorhandenen riesigen, ebenso gesundheitlich wie sittlich gefährlichen Lager verwiesen, zu denen neuerdings infolge des ständigen Einstroms aus der sowjetischen Zone übervölkerte Grenzlager hinzukommen, in denen, da die Nissenhütten nicht mehr reichen, neuerdings wiederum Erdhöhlen als Wohnplätze verwendet werden sind.

*Herbert Krimm*

## Brief aus Tokio

Heute gibt es in dem infolge der Bombenangriffe fast total niedergebrannten Tokio nur noch wenige unbebaute Flächen. Sie sind meistens dort anzutreffen, wo früher Gärten mit größeren Villen standen, die, wenn sie je wieder aufgebaut werden, noch sehr lange auf ein Wiedererstehen warten müssen. Da, wo ausgedehnte, leere Flächen waren — der Brand von Tokio hat sehr wenig Schutt übrig gelassen —, findet man jetzt in Vierecken angelegte, niedrige Baracken und Hütten, die, dem Aussehen nach, provisorisch eingerichtet sind. Es sind übervölkerte Bienenkörbe, durch welche winzige Gäßchen laufen; auf beiden Seiten dieser Gäßchen kann man in winzigen Läden alles Notwendige erstehen, ja sogar viele Dinge, die das Leben angenehm machen und eine täglich größer werdende Auswahl von ausgesprochenen Luxusgegenständen. Der letzte Neujahrstag, der wichtigste Tag für die Japaner, kam zum ersten Mal wieder einigermaßen der guten, alten Zeit gleich. Man machte die traditionellen Besuche, tauschte Geschenke aus und trank Sake. Nahezu uneingeschränkt tauchten die üblichen Leckerbissen und Zutaten wieder auf. Frauen und Kinder waren bunt gekleidet, und die Männer waren in ihren Gesprächen voller Hoffnung, vielleicht allzu hoffnungsvoll.

Obwohl Statistik, Indexziffern und die praktische Seite der Lebensführung anzudeuten scheinen, daß man in der zweiten Hälfte des Jahres 1949 durch einen kritischen Engpaß gelangte, sehen denkende Japaner dem Jahre 1950 nicht mit ungetrübtem Optimismus entgegen. Sie wünschen, daß die Regierung ihre Pläne für die Zukunft nicht gar so geheim halten möchte. Diese behauptet nämlich mit erhabener Selbstgefälligkeit, daß die Entwürfe für die wirtschaftliche Erholung für die Fiskaljahre 1950—52 vollständig ausgearbeitet seien, ebenso wie die dazugehörigen Schätzungen des Nationaleinkommens, aber weiter gehen die Verlautbarungen der Behörden nicht.

Es gibt wahrscheinlich zwei Hauptgründe für diese Einstellung. Beide sind charakteristisch für den gegenwärtig vorherrschenden

*liberal-demokratischen Standpunkt.*

Die Partei der Liberaldemokraten entwickelte sich aus der liberalen Partei, wobei nur geringe Änderungen vorgenommen wurden, abgesehen vom Anhängen des damals beliebten Wortes «demokatisch». In den wirren Zeiten unmittelbar nach der Kapitulation, in denen jeder zupackte, wo er konnte, erhielt die liberale Partei Unterstützung und Kraft aus allen möglichen Quellen, von denen viele als zweifelhaft betrachtet werden. Neue Yen-Millionäre erwarben Reichtum, indem sie jede sich bietende Gelegenheit beim Schopf packten, und die veränderten Lebensbedingungen haben diese Leute nur soweit gewandelt, als dies ihren Zwecken dient. Alles, was nach staatlicher Einmischung und Planwirtschaft hinzielt, ist den zuverlässigsten Anhängern dieser Partei unerwünscht.

Der andere Grund ist der, daß die Partei lieber geheimnisvoll bleibt, als daß sie Unrecht hat. Wenn man dem Volke Versprechungen macht und angenehme Dinge voraussagt, die nicht verwirklicht werden können, dann bezahlt die Partei die Rechnung, indem sie an Volkstümlichkeit verliert. Anderseits ist sie auch nicht gewillt, die Zukunftsmöglichkeiten allzu pessimistisch darzustellen, nämlich zuerst Unbeliebtheit zu riskieren mit der Aussicht, in der Zukunft um so größeren Ruhm zu erlangen. Wo auf der einen Seite «Demokratie» zu leicht genommen wird, wird sie auf der andern mit einem Respekt behandelt, der geradezu zur Lähmung führt.

Weder diese beiden Arten der Betrachtung, noch irgendwelche andere haben beim

*Ministerpräsidenten Shigeru Yoshida*

viel Gewicht. Er ist Berufsdiplomat und trat 1946 in die Partei ein, als er gleichzeitig Ministerpräsident wurde. Er liebt es, sein Kabinett, die Partei und sogar den Reichstag als ein riesiges Bureau zu betrachten. Mit lebhaften Gebärden des Misstrauens bestand er darauf, daß man ihn unter keinen Umständen für die Parteideler verantwortlich mache — eine gefährliche Falle in jenen Tagen. Seither hat er sich, wenigstens in der Öffentlichkeit, weitgehend von der Tätigkeit der Partei ferngehalten. Er ist von einer kleinen Gruppe von Vertrauten umgeben und herrscht mit starker Hand wann und wo es ihm beliebt. Mehr als einmal hat er im Reichstag Stürme heraufbeschworen und hat sich dann jedesmal in sein Wochenendhaus in Oiso zurückgezogen, während seine Kabinettskollegen die Ausbrüche über sich ergehen lassen mußten und die Trümmer zu beseitigen hatten.

Mit einer minimalen Unterstützung von 299 (266 Liberaldemokraten und 33 Demokraten, die sich seiner Partei anschlossen) von 466 Mitgliedern des Repräsentantenhauses und einer nur um weniges kleineren Mehrheit im Haus der Räte darf er sich für einige Zeit sicher fühlen, umso mehr, als die Besetzungsmacht offensichtlich seine Regierung billigt. Wahrscheinlich wird er bis zum Friedensvertrag Regierungschef bleiben. Man nimmt allgemein an, daß es sein Ehrgeiz sei, Japan an der Friedenskonferenz zu vertreten. Wahrscheinlich denkt er vorläufig noch

nicht an die Zeit nach dem Friedensvertrag, in der sich nicht vorauszusehende Änderungen auf der politischen Bühne abspielen werden. Auch werden viele Masken fallen. Vorläufig interessieren sich die oppositionellen Gruppen viel mehr für ihre Hauskampagne (Nieder mit Yoshida), als für das Aufstellen eigener Programme. Ihre Kritik des Regierungsprogramms ist nicht aufbauend, und sie geben sich nicht einmal Mühe, selber zu planen oder ihre politischen Programme der Öffentlichkeit vorzulegen.

#### *Die ausländischen Geschäftsleute*

aber haben ihre eigenen Sorgen. Wird das, was im Budget für die Einkommenssteuer vorgesehen ist, auch auf sie Anwendung finden? Wenn die von Dr. Shoup angeregten Empfehlungen, die schon einschneidend genug für die Japaner sind, auf Ausländer angewendet werden, wäre das für den Durchschnittsfremden geradezu ruinös. Seine Lebenskosten belaufen sich nämlich auf das zwei- bis vierfache des etwa der gleichen Schicht angehörenden Japaners. Wenn zum Beispiel ein Amerikaner mit Frau und zwei Kindern zuhause 5559.— Dollars verdient, bezahlt er an Steuern 431 Dollars, 66 Cents oder 7,75 %. Bei gleichem Einkommen und in der gleichen Lage und Stellung müßte er in Japan 2794.— Dollars an Steuern entrichten. Das bedeutet 50,3 %.

Leider berief die amerikanische Handelskammer sogleich eine Protestversammlung ein, als Dr. Shoups Empfehlungen bekannt wurden. Die Folge war, daß diese Frage ins Rampenlicht gerückt wurde und jenen Japanern, die schon lange danach gesucht hatten, eine Gelegenheit geboten wurde, ein Geschrei zu erheben über die unterschiedliche Behandlung von Einheimischen und Fremden unter dem Druck der Besetzungsmacht. Inzwischen sind die Geschäftsleute wieder etwas beruhigt worden: das Budget wird nicht vor dem Beginn des neuen Fiskaljahres in Kraft treten, das heißt nicht vor dem April. Vor diesem Termin wird man zu Vereinbarungen kommen, die Erleichterungen bringen, indem der Unterschied zwischen dem amerikanischen und dem japanischen Lebenskostenindex irgendwie einberechnet wird. Trotzdem denken viele Geschäftsleute an Heimkehr, solange die Angelegenheit noch in der Schwebe bleibt.

Die Japaner, die bis vor kurzem ihr ganzes Interesse auf die Probleme ihres eigenen Landes richteten, sind kürzlich gezwungen worden, sich mit

#### *Außenpolitik*

zu beschäftigen. Präsident Trumans Erklärung über «Hände weg von Formosa» schlug auf der Linken wie ein Blitz ein. Es kann nicht mehr sehr lange dauern, so sagt man sich hier, bis eine ähnliche Entscheidung getroffen werden muß mit Bezug auf Japan. Man erinnert sich an Kenneth Royall, den Armeesekretär, der den strategischen Wert Japans abgeschrieben hatte. Die Japaner wissen, daß sie «in einer kalten Welt» leben. Für sie ist Moskaus Einschreiten gegen Sanzo Nozaka, eine der drei Größen des örtlichen Kommunismus, mehr als nur ein zufälliges, zeitliches Zusammentreffen. Nozaka, der die Theorie der Zeit anpaßt, hat sich bis jetzt dafür eingesetzt, daß die Partei sich bemühen sollte, sich beim Volke beliebt zu machen, während seine Kumpane darauf bestehen, direkte Mittel anzuwenden und, wenn es notwendig scheint, auch zur Gewalt zu greifen und eine Revolution zu entfachen. Die lokalen Unruhen des letzten Sommers haben dem Ansehen der kommunistischen Partei sehr geschadet. Als die Japaner erfuhren, daß deren Führer ihre Weisungen aus Moskau erhielten, war diese Enthüllung kaum dazu angetan, bei einem so national denkenden Volke weitere Zuneigung zum Kommunismus zu wecken.

*Compton Pakenham*

## Militärische Umschau

### *Die Luftwaffe der Vereinigten Staaten*

*Bei hohen amerikanischen Stellen eingeholte Informationen ergeben folgendes Bild:*

#### **Die Luftwaffe bei Kriegsschluß**

Während des zweiten Weltkrieges erreichte die Luftwaffe mit 2,5 Mio Mann und 80 000 Flugzeugen ihre maximale Stärke. Sie trug in ausschlaggebender Weise zum Siege der Alliierten bei. Heute ist sie viel kleiner, bildet aber noch immer eine erhebliche Macht, die jetzt den Zweck verfolgt, den Frieden zu erhalten. Churchill äußerte sich, der kalte Krieg habe nur deshalb nicht zu etwas viel Entsetzlicherem geführt, weil die Vereinigten Staaten imstande seien, an jedem beliebigen Ort der Welt mit ihrer Luftwaffe Atombomben abzuwerfen.

#### **Die heutige Stärke**

Heute zählt die amerikanische Luftwaffe 416 000 Offiziere und Mannschaften, 3 300 Kampfflugzeuge und 5 500 Unterstützungsflugzeuge (zu Gunsten der Erdkampftruppen) und beansprucht den größten Teil des amerikanischen Militärbudgets. Ihre Kampfbestände umfassen 48 Gruppen und 13 gesonderte Geschwader. Sie unterhält mehr wie 200 Flugstützpunkte, Depots und industrielle Anlagen in ganz U.S.A. und in überseeischen Gebieten. Jagd- und Bomberformationen sind in Europa, im Fernen Osten und in Alaska stationiert. Ihre schlagkräftigste Kampfwaffe, die strategische Luftwaffe, hat ihr Hauptquartier in den Vereinigten Staaten selbst und ist in ständiger Bereitschaft.

Die amerikanische Luftwaffe gibt jährlich etwa eine Milliarde und 350 Mio Dollars für neue Flugzeuge aus. Während des Fiskaljahres 1951 werden annähernd 1 400 neue Maschinen abgeliefert werden. Darüber hinaus besitzt die Flotte der U.S.A. eine eigene, ungefähr 6000 Flugzeuge umfassende Luftwaffe. Am ersten Juli 1950 werden Luftwaffe und Flotte zusammen über fünf Milliarden Dollars in Maschinen investiert haben, die in Auftrag gegeben worden sind. Schließlich bildet die amerikanische Luftwaffe jährlich annähernd 3 000 Piloten und 25 000 Techniker aus.

Zur Unterstützung dieser aktiven Streitkräfte gibt es zwei Gruppen regelmäßig ausgebildeter Reservestreitkräfte. Es sind dies die *Nationalgarde der Luftwaffe* mit einem Bestand von 50 000 Mann, in 27 Einheiten organisiert, und die *Luftreserve*, die ungefähr 150 000 Mann zusätzliche Truppen umfaßt. Beide Organisationen bestehen aus Zivilisten, die regelmäßig Dienst leisten. Die Nationalgarde der Luftwaffe soll im Kriegsfall am Tage M sogleich zur Verfügung stehen; eine Anzahl ihrer Geschwader sind mit den neuesten Düsenflugzeugen ausgerüstet.

Die aufgeführten Zahlen sind eindrucksvoll und scheinen auf den ersten Blick den Forderungen der wärmsten Befürworter einer starken Luftwaffe zu entsprechen. Trotzdem herrscht in diesen Kreisen beträchtliche Unzufriedenheit, sowohl bei der Luftwaffe selbst, als auch bei einigen militärischen Sachverständigen. Um dies richtig verstehen zu können, ist ein kurzer Rückblick auf die jüngste Entwicklung notwendig.

#### **Die Spezialkommission für Luftpolitik**

Nach Abschluß des zweiten Weltkrieges wurde die Luftwaffe ebenso rasch demobilisiert wie die übrigen Waffengattungen. Zu Beginn des Jahres 1947 war ihr Bestand auf ungefähr 300 000 herabgesunken. In jenem Jahre ernannte Präsident

Truman eine Spezialkommission für Luftpolitik, mit dem Auftrag, die mit der Aufrechterhaltung der amerikanischen Luftmacht zusammenhängenden Probleme zu studieren. Diese waren so schwerwiegend, daß der Kongreß ein eigenes Spezialkomitee ernannte, das ähnliche Untersuchungen durchzuführen hatte. Die Ergebnisse der Arbeit der genannten Spezialkommission sind in einem Bericht enthalten, dessen Titel «*Überleben im Luftzeitalter*» lautet. Dieser Bericht ist für die Luftwaffenbegeisterten der U.S.A. eine Art Standardführer geworden. Obwohl uns hier nur dessen militärische Seite interessiert, soll doch erwähnt werden, daß er auch Abschnitte über Flugzeugindustrie, Flugforschung und Entwicklung der Fliegerei, Zivilfliegerei und die Organisierung von Regierungsagenturen enthält, die sich mit Fragen der Aviatik befassen.

Mit Bezug auf die Luftwaffe machte die Kommission folgende Feststellungen:

«Unsere Schlußfolgerung führt zur Minimalforderung, die Luftwaffe müsse im gegenwärtigen Zeitpunkt mindestens 12 400 in 70 Kampfgruppen organisierte moderne Maschinen besitzen. Dazu benötigen wir 22 Spezialgeschwader, ergänzt durch 27 Gruppen der Nationalgarde der Luft und 34 Gruppen der Luftreserve. Mit Ausnahme der Luftreserve müssen alle diese Streitkräfte voll ausgerüstet und ausgebildet sein und im Kriegsfall für sofortige Aktionen bereitstehen. Wir sollten so rasch wie möglich zu dieser Stärke gelangen. Ist sie einmal erreicht, sollten wir verhindern, jemals unter diese Grenze hinabzusinken. Ebenso sollten wir unter keinen Umständen zulassen, daß die Luftwaffe ohnmächtig oder aktionsunfähig wird, weil nicht dafür gesorgt wird, sie immer mit den besten Maschinen und der besten erhältlichen Ausrüstung zu versorgen».

Die Kommission hat ferner festgestellt, daß eine Luftwaffe im angegebenen Umfang 6869 Maschinen der ersten Linie für die aktiven Streitkräfte, 3212 für die Nationalgarde und eine Reserve von total 8100 unterhalten sollte. Wenn man nun die Ergebnisse dieser Kommission mit der tatsächlichen Größe der Streitkräfte im gegenwärtigen Augenblick vergleicht, kann man vielleicht verstehen, weshalb in gewissen Kreisen Unzufriedenheit über das gegenwärtige Ausmaß der Luftmacht herrscht.

#### Ein Grund zur Freude

Die Kampfflieger haben wenigstens einen Grund zur Freude: Nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1947, das die Gesamtstreitkräfte reorganisiert, erlangte die Luftwaffe eine halbautonome Stellung, die sie den Landtruppen und der Kriegsmarine gleichsetzt. Das bedeutet die Verwirklichung eines lange gehegten Traumes der meisten Militärpiloten. Dieses Gesetz brachte allerdings auch neue Verantwortung. Die Luftwaffe mußte nun ihre eigenen Dienstzweige selbständig aufbauen: Verwaltung, Sanität, Justiz, Nachrichtenwesen und so fort. So kam es, daß die heutige Stärke von 416 000 Mann zwar über die von der Kommission des Präsidenten geforderte Zahl von 401 000 hinausgeht, aber mit Bezug auf die eigentlichen Kampftruppen das gesteckte Ziel bei weitem nicht erreicht wurde, weil so viele Mannschaften für die Geschäfte des «Haushalts» in Abzug gebracht werden müssen.

#### Die Fortschritte

Auf dem Gebiete der Flugzeuge mit Düsenantrieb waren während des Krieges sowohl die Briten, als auch die Deutschen den Vereinigten Staaten anfänglich überlegen. Auf dem Gebiet der gesteuerten Geschosse waren die Deutschen allen voran. Seit 1945 ist aber in Amerika so viel nachgeholt worden, daß heute behauptet werden darf, die amerikanische Luftwaffe sei zum mindesten jeder anderen auf der Welt

ebenbürtig. Auf zwei der wichtigsten Gebiete sind die Vereinigten Staaten vermutlich allen anderen überlegen: Der sechsmotorige B-36 Bomber, der eine Bombenlast von 10 000 Pfund 10 000 Meilen weit trägt, gilt als einziger wirklicher Langstreckenbomber der Welt. Auf dem Gebiet der Überschallgeschwindigkeitsforschung sind die Maschinen der Serie S unerreicht. Eine derselben brachte es auf eine Geschwindigkeit von über 1000 Meilen in der Stunde.

### Die Schlüsselstellung der Luftwaffe

Die heutige Schlüsselstellung der Luftwaffe in der strategischen Planung erkennt man am besten bei einer Wiedergabe der im letzten Oktober gemachten Feststellungen des Generals *Omar N. Bradley*, Vorsitzender der amerikanischen Stabschefs, der sich vor einem Kongreßkomitee wie folgt geäußert hat:

«So weit es mir, ohne die Sicherheit zu gefährden, möglich ist, will ich über unsere Pläne und Vorbereitungen zur Durchführung eines Krieges reden, für den Fall, daß er uns aufgezwungen werden sollte. Wie ich schon angedeutet habe, gehört im Falle eines Angriffs der Schutz der Vereinigten Staaten und des ganzen Kontinents zur Grundkonzeption unseres Verteidigungsplans. Wir haben für möglichst rasche Vergeltungsmaßnahmen von Flugstützpunkten aus vorgesorgt, die, wie wir hoffen, jederzeit bereit sind.

Wir sind ferner entschlossen, weitere Flugbasen, die wir benötigen werden, in Besitz zu nehmen und sie gegen feindliche Angriffe zu halten, so daß wir feindliches Gebiet auf kürzere Distanz angreifen können. Gleichzeitig werden wir ihm jene Flugbasen streitig machen, die nahe an unserem Kontinent liegen und von denen aus er uns angreifen könnte.

Unser Endziel aber muß sein, den Krieg zurück in Feindesland zu tragen, und zwar mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Ich bin überzeugt, daß das sowohl strategische Luftbombardierungen wie auch großangelegte Landoperationen erfordern wird».

An einer anderen Stelle sprach Bradley von den strategischen Langstreckenbombern als von «unserer Vorzugsvergeltungswaffe im Falle eines Angriffs». Es dürfte demnach klar sein, daß jede Nation, die die Vereinigten Staaten und die durch den Atlantikpakt mit ihnen verbündeten Länder angreift, sofortige und wirksame Vergeltung aus der Luft erwarten muß und zwar mit ziemlicher Sicherheit unter Verwendung von Atomwaffen. Das sind die «Abschreckungsmittel» der U.S.A., die Churchill erwähnte.

### Sparmaßnahmen

Wirtschaftliche Überlegungen haben zur Reduktion des amerikanischen Militärbudgets von 14,5 Milliarden im Fiskaljahr 1950 auf 13 Milliarden im Fiskaljahr 1951 geführt. Unliebsame Auswirkungen auf die Pläne der Luftwaffe waren die Folge. Der Minister für die Luftwaffe, *W. Stuart Symington*, sagte jedoch im Januar:

«Die Luftwaffe unterstützt das von der Regierung aufgestellte Budget, weil wir einsehen, daß eine wirtschaftliche Katastrophe gleichbedeutend sein könnte mit einer militärischen. Das ändert jedoch nichts an unserer Überzeugung, daß vom rein militärischen Standpunkt aus betrachtet 70 Gruppen oder etwas Entsprechendes (jetzt sind es 67 Gruppen) das notwendige Minimum für die Sicherung des Landes in Friedenszeiten sind».

Trotz diesen Sparmaßnahmen und der zahlenmäßigen Überlegenheit der Sowjetluftwaffe, die nach amerikanischer Ansicht 9000 Kampfflugzeuge umfassen soll,

bleibt die amerikanische Luftwaffe eine imposante Macht. In Verbindung mit dem Vorsprung, den Amerika heute noch auf dem Gebiete der Atomwaffen besitzt, ist sie die Trumpfkarte der Westmächte im kalten Krieg.

### J u n g e F ü h r e r

Die Führer der Luftwaffe sind jung und gelten als ausgezeichnet. Der vor kurzem verstorbene große Führer im Krieg, General *H. H. Arnold*, trat kurz nach der Kapitulation der Japaner zurück. Sein Mut und sein Weitblick ermöglichen weitgehend die rasche Entwicklung der Luftwaffe<sup>1)</sup>. Sein Nachfolger war General *Carl Spaatz*, einer der großen Luftstrategen, der der erste kommandierende General der halb-autonomen Luftwaffe wurde. Gegenwärtig ist der 51jährige General *Hoyt S. Vandenberg* Stabschef der Luftwaffe. Seine Mitarbeiter bilden ein Team gut ausgewählter junger Männer. Wahrscheinlich wird der Kongreß bald seine Einwilligung zur Schaffung einer Akademie der Luftwaffe geben, die den schon lange bestehenden Akademien der Armee und der Kriegsmarine ähnlich sein würde. Auf diese Weise wird die Luftwaffe mit Sicherheit tüchtigen und zahlenmäßig genügenden Nachwuchs erhalten. Gegenwärtig treten viele Offiziere aus den Reihen der Absolventen der beiden erwähnten Militärakademien zur Luftwaffe, bei der sich auch häufig Absolventen ziviler Hochschulen melden.

### D i e Z u k u n f t

Zum Schluß möge noch ein Wort über die Zukunft der amerikanischen Luftwaffe gesagt werden: Neuartige Apparate, die zum Teil erst als Zeichnungen vorliegen, zum andern Teil aber bereits in Ausführung begriffen sind, versprechen die Stärke der amerikanischen Luftwaffe bedeutend zu erhöhen. Neue Prototypen eines Jägers zur Abwehr feindlicher Bomberverbände berechtigen zu großen Hoffnungen und werden eines Tages sogar den F-86, den schnellsten Militärapparat, in den Schatten stellen. Der letztere ist den Kampfeinheiten bereits zugeteilt worden. Die Boeing B-47 Maschine, ein sechsmotoriger Düsenbomber, wird jetzt in Massen hergestellt. Es ist dies ein Bomber, der 600 Meilen in der Stunde fliegt und eine maximale Bombenlast von zehn Tonnen mitführt. Das erste Modell flog ohne Halt quer über die U.S.A., das heißt 2289 Meilen, mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 607 Meilen in der Stunde.

Wichtig ist auch die Tatsache, daß die Einsparungen im amerikanischen Militärwesen keineswegs etwa nur auf Kosten der Kampfkraft gehen. Verbesserte Verwaltungsmethoden und engere Zusammenarbeit zwischen den drei Waffen (Armee, Kriegsflotte und Luftwaffe) haben bereits zu Einsparungen geführt, die den Kampftruppen zugute kommen. Man darf daher annehmen, daß auf diese Weise die Kampfkraft der Luftwaffe in den nächsten ein bis zwei Jahren zunehmen wird. Sollte sich die internationale Lage verschlechtern, dann werden die heute gültigen Pläne zweifellos erweitert werden.

*Miles*

---

<sup>1)</sup> Vergl. *H. H. Arnold: Global Mission*. Harper & Brothers Publishers, New York 1949. — Die schweizerische Abstammung Arnolds ist kürzlich in der Presse erwähnt worden («N.Z.Z.», Nr. 465/1950).